

**Aus dem Gemeinderat  
Gemeinderatssitzung vom 20.06.2023**

**Tagesordnungspunkt 1. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 23.05.2023**

Die Niederschrift wurde vom Gemeinderat einstimmig genehmigt.

**Tagesordnungspunkt 2. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung am 23.05.2023**

In der Sitzung am 23.05.2023 wurden im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst.

**Tagesordnungspunkt 3. Neubau Feuerwehrhaus – Vergabe von**

**a) Alu-Stahl-Außentüren**

**b) Holz-Aluminium-Fenster und Außentüren**

**c) Stahlblechtüren**

Zum Tagesordnungspunkt weist der Bürgermeister darauf hin, dass auf Grund der allgemeinen Preissteigerungen die Vergabe von Leistung beim Neubau des Feuerwehrhauses relativ schwierig ist und man immer wieder gezwungen ist von Seiten der Verwaltung genau nachzurechnen, ob es sich bei dem Angebot um einen marktüblichen Preis handelt und man dem Gemeinderat die Vergabe empfehlen kann. Bei den heute zur Vergabe anstehenden Gewerken war dies bei Holz-Aluminium-Fenster und bei den Stahlblechtüren nicht der Fall, da in einem Fall ein Angebot und im anderen Fall zwei Angebote zur Wertung vorgelegen sind, wobei die dabei erzielten Angebotspreise deutlich über der den jeweiligen Kostenberechnungen lagen. Somit könne die Verwaltung nur die Vergabe der Alu- Stahl-Türen empfehlen da einzig hier ein marktüblicher Preis vorliegt und eine wirtschaftliche Vergabe möglich ist. Im Anschluss daran fasst der Gemeinderat einstimmig den Beschluss das Gewerk Alu-Stahl-Türen an die Firma Mathias Baumstark aus Karlsruhe mit einer Angebotssumme in Höhe von 45.520,25 Euro/brutto zu vergeben. Ebenso einstimmig wurden die Ausschreibungen für Holz-Aluminium-Fenster und für die Stahlblechtüren aufgehoben. Die Verwaltung wird somit beauftragt die Leistungen noch einmal in einem Leistungsverzeichnis zu erfassen und beschränkt auszuschreiben.

**Tagesordnungspunkt 4. Freiwillige Feuerwehr Karlsdorf-Neuthard  
- Beschaffung eines Einsatzleitwagens**

Der neue Einsatzleitwagen für die Freiwillige Feuerwehr wurde öffentlich ausgeschrieben. Bei der Submission war leider nur ein Angebot eingegangen welches 55.000 Euro über dem im Haushalt veranschlagten Kostenansatz im Haushalt in Höhe von 200.000 Euro lag. Die Nachforschungen von Seiten der Feuerwehr und der Verwaltung auf dem Liefermarkt für Feuerwehrfahrzeuge zeigt, dass es sich bei dem angebotenen Preis in Höhe von 255.935,81 Euro durchaus um einen marktüblichen Preis handelt. Die Kostensteigerungen bei Feuerwehrfahrzeugen in den letzten Jahren waren teilweise sogar noch deutlicher höher. Zudem ist der Markt für die Grundfahrzeuge für das ELW („Sprinter-Klasse“) derzeit sehr leer und es ist aktuell schwierig ein derartiges Fahrzeug zu bestellen. Von Seiten des Gemeinderats wird die Meinung der Verwaltung geteilt, dass die Vergabe zum jetzigen Zeitpunkt erfolgen sollte, weil ungewiss ist, ob bei einer nochmaligen Ausschreibung oder gar einer späteren Vergabe ein günstigerer Preis erzielt werden kann. Wahrscheinlicher sei es, so war man sich im Gemeinderat einig, dass bei einem Hinausschieben der Vergabe der Preis sogar noch steigen wird, wie auch der im Gremium anwesende Feuerwehrkommandant Björn Brenner dem Gemeinderat anschaulich verdeutlichen konnte. Insofern folgte der Gemeinderat dem Vorschlag der Verwaltung und vergibt das neue ELW 1 an die Firma Bos Mobile-Systeme GmbH & Co. KG aus Haren zu einem Bruttoendpreis in Höhe von 255.935,81 Euro. Gleichzeitig genehmigt der Gemeinderat die überplanmäßige

Ausgabe im Haushaltsplan (Differenz zwischen Haushaltsansatz und Vergabepreis) in Höhe von 55.935,81 Euro.

#### **Tagesordnungspunkt 5. Beschaffungen für die Freiwillige Feuerwehr Karlsdorf-Neuthard**

##### **a) Waschmaschine**

##### **b) Trockenschrank**

##### **c) Imprägnierkabine**

Die Anschaffung der neuen Waschmaschine und des Trockenschanks sowie der Imprägnierkabine wird zwingend notwendig und soll nun auch im Vorfeld der Eröffnung des neuen Feuerwehrhauses erfolgen, da derzeit die Situation bei der Reinigung der Einsatzkleidung sehr unbefriedigend ist. Momentan besitzt die freiwillige Feuerwehr nur eine haushaltsübliche Waschmaschine in der jeweils lediglich eine Garnitur der Einsatzbekleidung gewaschen werden kann. Bei Einsätzen wird damit sehr viel Zeit von den ehrenamtlichen Kräften gefordert, um die Einsatzkleidung wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen. Die neuen Geräte bieten hier einen deutlich höheren Komfort und sind in der Handhabung für unsere Wehrleute auch sicherer.

Einstimmig folgte der Gemeinderat dem Vorschlag der Verwaltung und vergab die Lieferung der neuen Waschmaschine an die Firma Stahl Wäschereimaschinen zum Bruttoendpreis in Höhe von 27.346,80 Euro inklusive Zubehör. Der Trockenschrank wurde ebenfalls an die Firma Stahl Wäschereimaschinen vergeben zum Bruttoendpreis in Höhen von 17.670,31 Euro. Die Imprägnierkabine letztlich wurde ebenfalls an die Firma Stahl Wäschereimaschinen zum Bruttoendpreis von 26.717,88 Euro vergeben. Die Gesamtanschaffungssumme beläuft sich somit auf 71.734,99 Euro/brutto. Im Haushaltsplan waren 74.400,00 Euro vorgesehen. Somit konnte die Vergabe mit geringeren Kosten in Höhen von 2.665,01 Euro erfolgen.

#### **Tagesordnungspunkt 6. Aufstellung des Bebauungsplanes "Untere Allmend – Nachverdichtung Breithauptstraße/Sophienstraße, 1. Änderung" im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB mit örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO**

##### **a) Abwägung der im Rahmen der Entwurfsauslegung eingegangenen Stellungnahmen**

##### **b) Satzungsbeschluss**

Der Gemeinderat hat einstimmig den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan „Untere Allmend- Nachverdichtung Breithauptstraße/ Sophienstraße, 1. Änderung“ gefasst. Damit geht ein kurzes Bebauungsplanverfahren zu Ende, dessen Ziel es war für ein Baugrundstück eine Bebauung mit einem Einzelhaus zuzulassen anstatt wie im ursprünglichen Bebauungsplan vorgesehen zwei Doppelhaushälften. Der Bebauungsplan wird nun im Amtsblatt der Gemeinde öffentlich bekanntgemacht und tritt mit seiner öffentlichen Bekanntmachung dann damit in Kürze in Kraft. Die Kosten des Bebauungsplanverfahrens trägt der Antragsteller.

#### **Tagesordnungspunkt 7. Bebauungsplanverfahren nach § 13 a BauGB "Verlängerung Bahnhofstraße" mit örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO**

##### **a) Aufstellungsbeschluss**

##### **b) Entwurfsbeschluss**

##### **c) Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 BauGB und Behördenbeteiligung gem. § 4 BauGB**

Mit dem Bebauungsplanverfahren soll die Bebauung der bisher baulich nicht genutzten Grünfläche zwischen der Bürgermeister-Huber-Straße, der Bahnhofstraße sowie der alten Bundesstraße und im Norden des Hebewerkes ermöglicht werden. Geplant sind dort zwei Wohn- und Geschäftshäuser mit Arztpraxen, Einrichtungen für den Gemeindegebrauch, sowie Wohnungen. Die Erschließung der beiden Gebäude soll über die Bahnhofstraße über eine

Zufahrt erfolgen, sodass möglichst wenige der öffentlichen Stellplätze entlang der Bahnhofstraße wegfallen. Der Gemeinderat hat mit einer Enthaltung den Aufstellungsbeschluss gefasst und den Entwurf des Bebauungsplans gebilligt. Als nächsten Schritt werden der Aufstellungsbeschluss und der Entwurfsbeschluss öffentlich Bekanntgemacht und es werden die Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange eingeholt. Nachdem diese Stellungnahmen vorliegen, werden diese Stellungnahmen ausgewertet und bei Bedarf der Bebauungsplanentwurf angepasst. Die öffentliche Bekanntmachung des Entwurfsbeschlusses und die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt an anderer Stelle im Amtsblatt.

Die Bebauung mit den Wohn- und Geschäftshäusern soll eine mögliche Versorgungslücke bei der ärztlichen Versorgung bereits frühzeitig verhindern und im Eingangsbereich von Karlsdorf die Einfahrtssituation verbessern.

Gleichzeitig wird versucht mit der Bebauungsplanung die Verkehrssituation an der Kreuzung Bruchsaler Straße/ Bahnhofstraße zu verbessern, da es sich hier nach den Feststellungen der Verkehrsschau um einen Unfallschwerpunkt handelt. Hier muss die Gemeinde dringend reagieren, um diesen Unfallschwerpunkt für die Zukunft zu beseitigen.

### **Tagesordnungspunkt 8. Beitragsanpassung der Elternbeiträge der Kindergärten und der flexiblen kommunalen Ganztageschule**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

### **Tagesordnungspunkt 9. Umrüsten der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik**

Für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED Technik wurde eine Teilausschreibung der technischen Leuchten gemäß dem Beschluss des Gemeinderats vom 04.04.2023 durchgeführt. Insgesamt wurden fünf Unternehmen aufgefordert ein Angebot abzugeben. Das vorliegende wirtschaftlichste Angebot liegt mit 272.379,24 Euro um 17% unter dem bepreisten Leistungsverzeichnis. Abzüglich einer zu erwartenden Förderung von 30% d.h. in Höhe von rund 82.000 Euro beträgt der Aufwand der Gemeinde ca. 190.379,24 Euro. Der Gemeinderat hat einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung angenommen und die Firma Netze BW GmbH- Dienstleistungen aus Stuttgart mit der Umrüstung der technischen Leuchten im Ortsgebiet auf LED-Technik mit einer Gesamtsumme von 272.379,24 Euro beauftragt.